

GROSSER RAT

Februarsession 2023

Auftrag Censi betreffend Maiensässe ausserhalb der Bauzone: Ein neuer Ansatz ist nötig, um unser bauliches Erbe zu retten

Anfang Dezember erfuhren wir, dass der Ständerat nach dem Ja des Nationalrats eine Motion gutgeheissen hat, die eine Amnestie für Gebäude vorsieht, die vor mehr als 30 Jahren ausserhalb von Bauzonen erstellt wurden. Der Entscheid gilt übrigens nicht nur für Graubündner Maiensässe, sondern auch für Walliser Chalets und Tessiner Maiensässe.

Auch als Folge dieser Entscheidung auf Bundesebene hat das Thema in den Alpentälern einen raschen Aufschwung erfahren, und mehrere regionale Entwicklungsagenturen haben sich bereits für die Förderung, Sensibilisierung und Aufwertung von Gebäuden ausserhalb der Bauzone eingesetzt.

Diese Nachricht zeigt, wie wichtig es ist, sich intensiver mit dem Thema der rustikalen Gebäude zu befassen, und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Ansprüche, sondern auch unter dem Aspekt der Chancen, die sie für die Zukunft der Vorstädte bieten können. Wir wissen sehr wohl, dass dieses Erbe aus verschiedenen Gründen heute ernsthaft gefährdet ist (landwirtschaftliche Gebäude von grossem historischen, architektonischen und landschaftlichen Wert, die jetzt nicht mehr genutzt werden, verfallen unaufhaltsam): es ist daher unerlässlich, alles zu tun, um zu retten, was zu retten ist.

Um dieses Ziel zu verfolgen, ist unseres Erachtens ein Umdenken in Bezug auf Bauten ausserhalb der Bauzone erforderlich: Renovationsarbeiten, die einen konservativen Charakter haben und/oder mit einer Nutzungsänderung einhergehen, müssen begünstigt und gefördert werden, weil sie zum Schutz der Landschaft beitragen, und dürfen nicht – wie dies derzeit der Fall ist – als Ausnahmen betrachtet (oder gar durch eine allzu kompromisslose Haltung behindert) werden. Dieser neue Ansatz ist auch deshalb gerechtfertigt, weil das Gebäude ausserhalb der Bauzone ein Erbe an Werten, Ressourcen und Wissen ist, das für die Zukunft abgelegener Gebiete, für das Wohlergehen der Bürger und für die Entwicklung neuer Angebote im Zusammenhang mit einem nachhaltigen Tourismus und der Wirtschaft des Primärsektors wichtig ist. Die Berge müssen in einer dynamischen Weise gesehen werden, die Tradition, Schutz, Aufwertung, aber auch Innovationsgeist verbinden.

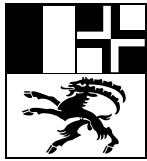
Schliesslich stehen die Bauern für die Art und Weise, wie es unseren Vorfahren gelungen ist, eine funktionale, aber auch harmonische Beziehung zum Land zu haben, indem sie sich anpassten und sogar geniale Lösungen fanden, um unter oft widrigen Bedingungen leben und arbeiten zu können. Es ist daher unsere Pflicht, dieser Beziehung zum Land Kontinuität zu verleihen – mit offensichtlichen Anpassungen an die sich entwickelnde Gesellschaft.

Unserer Meinung nach ist es daher an der Zeit, den derzeitigen Rechtsrahmen zu überarbeiten, damit der gesunde Menschenverstand die Oberhand über die Anwendung von Rechtsgrundsätzen gewinnt, die zwar auf dem Papier korrekt sind, aber nichts mit der Würde unserer Berge und der Menschen zu tun haben, die einst in ihnen lebten. Der betreffende Gesetzesartikel ist, wie Sie wissen, Artikel 24 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (und dessen Verordnung). Natürlich müssen die Vorschriften immer streng und präzise sein, um Eingriffe zu ermöglichen, die die traditionellen architektonischen Formen respektieren; aber es ist wichtig, auch den ländlichen Gebäuden ausserhalb der Bauzone einen landschaftlichen und kulturellen Wert zuzuerkennen, in dem Mensch und Natur eine positive und respektvolle Beziehung haben.

In der Hoffnung, dass die Regierung die geäusserten Bedenken und die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels im Bereich der Bewirtschaftung des Bodens ausserhalb der Bauzone teilt, ersuchen wir die Bündner Regierung, bei der Konferenz der Alpenkantone vorstellig zu werden und sich – über die entsprechenden Deputationen bei den eidgenössischen Räten – für eine Revision des Raumplanungsgesetzes einzusetzen, die den in diesem parlamentarischen Vorstoss vorgestellten Absichten entspricht.

Chur, 15. Februar 2023

Censi, Cramer, Salis, Adank, Altmann, Beeli, Berweger, Brandenburger, Bundi, Candrian, Claus, Della Cà, Derungs, Dürler, Favre Accola, Feuerstein, Furger, Gansner, Grass, Haltiner, Hartmann, Heim, Heini, Hohl, Hug, Jochum, Kienz, Koch, Kohler, Laim, Lamprecht, Loepfe, Loi, Luzio, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Michael (Casta-segna), Natter, Pfäffli, Righetti, Rodigari, Roffler, Sax, Schutz, Spagnolatti, Stiffler, Tanner, Thür-Suter, von Tscharnier, Weber, Wieland, Zanetti (Sent)



Sitzung vom

17. April 2023

Mitgeteilt den

19. April 2023

Protokoll Nr.

316/2023

Auftrag Censi

betreffend Maiensässe ausserhalb der Bauzone: Ein neuer Ansatz ist nötig, um unser bauliches Erbe zu retten

Antwort der Regierung

Der im vorliegenden Auftrag thematisierte Umgang mit landwirtschaftlichen Bauten ausserhalb der Bauzonen, die aufgrund des landwirtschaftlichen Strukturwandels funktionslos geworden sind, war in den letzten Jahren immer wieder Gegenstand der laufenden Debatte zur zweiten Etappe der Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG 2).

In diesem Zusammenhang ist an die aufgrund des in der Aprilsession 2016 überwiesenen Auftrags Crameri betreffend Bauten ausserhalb der Bauzone mittels Beschlusses der Regierung vom 3. Mai 2016 (Prot. Nr. 441/2016) bei der Bundesversammlung eingereichte Standesinitiative des Kantons Graubünden zu erinnern. Nach dieser sollte der in Art. 24c RPG geregelte Bestandesschutz für die ausserhalb der Bauzone gelegenen Bauten (BAB) dahingehend erweitert werden, dass landwirtschaftlich nicht mehr benötigte Bauten unter Wahrung ihrer Identität und im Rahmen der bestehenden Erweiterungsmöglichkeiten massvoll zur Wohnnutzung umgenutzt werden können. Beide eidgenössischen Räte beschlossen, der Standesinitiative keine Folge zu geben (vgl. Curia Vista 16.308).

Das entsprechende Anliegen einer Lockerung der BAB-Bestimmungen wurde allerdings von der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats (UREK-S) in ihrer Vorlage zu RPG 2 wieder aufgegriffen. Demnach sollte den Kantonen die Kompetenz eingeräumt werden, in bestimmten Gebieten die Umnutzung von nicht mehr benötigten landwirtschaftlichen Bauten zu Wohnzwecken zu ermöglichen (Art. 8c Abs. 1^{bis} E-RPG). Die Regierung hatte diese Bestimmung – in Übereinstimmung mit der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) – im Rahmen ihrer Vernehmlassung an die UREK-S ausdrücklich begrüsst und darauf hingewiesen, dass sie im Sinne der damaligen Standesinitiative sei (Regierungsbeschluss vom

7. September 2021, Prot. Nr. 820/2021). Am 16. Juni 2022 hat der Ständerat der Regelung zugestimmt (vgl. Curia Vista 18.077)

Gemäss Medienmitteilung vom 29. März 2023 hat nun aber die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N) Art. 8c Abs. 1^{bis} E-RPG aus der vom Nationalrat zu behandelnden RPG 2-Vorlage wieder gestrichen. Gleichzeitig fügt sie aber in Art. 24c RPG eine neue Bestimmung ein, die es ermöglichen soll, altrechtliche Bauernhäuser mitsamt angebauten Ökonomiebauten vollständig und dauerhaft zu Wohnzwecken zu nutzen, sofern eine ausreichende Erschliessung vorhanden ist.

Die Regierung wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die kantonalen Besonderheiten in RPG 2 Berücksichtigung finden und insbesondere die letztgenannte Neuregelung der UREK-N auch für landwirtschaftliche Bauten auf Maiensässstufe gelten. Der heutige und künftige Rechtsrahmen, dessen Ausgestaltung letztlich noch nicht definitiv ist, bleibt jedoch die einzige Leitlinie für das Handeln der kantonalen Behörden.

Unabhängig von der Debatte um RPG 2 ist im Übrigen anzumerken, dass landwirtschaftliche Wohnbauten bereits nach geltendem Recht zu nichtlandwirtschaftlichen Wohnzwecken genutzt und massvoll erweitert werden können. Vom grundsätzlichen Umnutzungsverbot von reinen Stallbauten sieht das Bundesrecht ebenfalls bereits in dreifacher Hinsicht Ausnahmen vor, nämlich für: Gruppen von mindestens fünf Stallbauten in Erhaltungszonen (Art. 33 Raumplanungsverordnung, RPV; SR 700.1), verstreute Stallbauten, die landschaftsprägend sind (Art. 39 Abs. 2 RPV) und schützenswerte Stallbauten (Art. 24d Abs. 2 RPG). Diese bestehenden Möglichkeiten sollten die Gemeinden in ihren Planungen nicht ausser Acht lassen.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun da favrer 2023

Incumbensa Censi concernent aclas ordaifer la zona da construcziun: Per salvar nossa ierta architectonica dovri ina nova strategia

Il cumenzament da december essan nus vegnids a savair, ch'il Cussegl dals chantuns ha approvà – suenter il «gea» dal Cussegl naziunal – ina moziun che prevesa in'amnestia per edifizis ch'èn vegnids construids avant pli che 30 onns ordaifer las zonas da construcziun. Dal rest na vala la decisiun betg mo per las aclas grischunas, mabain er per ils chalets vallesans e per las aclas tessinaisas.

Er sco consequenza da questa decisiun sin plaun federal ha il tema svelt survegnì schlantsch en las vals alpinas. Pliras agenturas da svilup regiunalas èn gia s'engaschadas per la promoziun, la sensibilisaziun e la revalitaziun d'edifizis ordaifer la zona da construcziun.

Questa novitad mussa, quant impurtant ch'igl è da sa fatschentar cun il tema dals edifizis rusticals, e quai betg mo sut l'aspect da las pretensiuns, mabain er sut l'aspect da las schanzas che quests edifizis pon porscher per l'avegnir da las aglomeraziuns. Nus savain fitg bain che questa ierta è oz periclitada seriusamain per differents motivs (edifizis agriculs da gronda valor istorica, architectonica e per la cuntrada, che na vegnan ussa betg pli utilisads, van nunfranadamain en decadenza): igl è perquai indispensabel da far tut il pussaivel per salvar, quai che po vegnir salvà.

Per persequitar questa finamira dovri tenor noss avis ina nova tenuta areguard ils edifizis e stabiliments ordaifer la zona da construcziun: Lavurs da renovaziun da character conservativ e/u che vegnan accumpagnadas d'ina midada d'utilisaziun, ston vegnir favurisas e promovidas, perquai ch'ellas gidan a proteger la cuntrada. Talas lavurs da renovaziun na dastgan pia betg vegnir consideradas sco excepziun (u schizunt vegnir impedidas tras ina tenuta senza cumpromiss), sco quai ch'igl è actualmain il cas. Questa nova strategia è er giustifitgada, perquai che l'edifizis ordaifer la zona da construcziun è ina ierta da valurs, resursas e savida, ch'è impurtanta per il futur da territoris periferics, per il bainstar da las burgaisas e dals burgais e per il svilup da novas purschidas en connex cun in turissem persistent e cun l'economia dal sector primar. Ins sto vesair las muntognas en ina moda dinamica che collia la tradiziun, la protecziun, la revalitaziun, ma er il spiert innovativ.

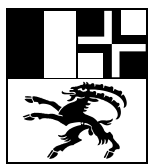
La finala represchentan ils purs la moda e maniera, co ch'igl è gartegià a noss antenats d'avair ina relaziun funcziunala, ma er armonica cun la cuntrada, cun quai ch'els èn s'adattads ed han schizunt chattà soluziuns genialas per pudair viver e lavurar sut circumstanzas savens fitg difficilas. Igl è perquai nossa obligaziun da conceder cuntinuitad a questa relaziun cun la cuntrada – cun far cleras adattaziuns a la societad che sa sviluppa.

Nus essan perquai da l'avis ch'igl è uras da surlavurar il rom giuridic actual, per che la sauna raschun domineschia l'applicaziun dals principis giuridics. Quels èn bain corrects sin il palpiri, ma els n'han nagut da far cun la dignitad da nossas muntognas e dals umans che han ina giada vivi qua. L'artitgel da lescha respectiv è – sco che Vus savais – l'artitgel 24 da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (e l'ordinaziun apparteguenta). Natiralmain ston las prescripziuns adina esser severas e precisas, quai per pudair pussibilitar intervenziuns che respectan las furmas architectonicas tradiziunalas; ma igl è impurtant d'attribuir ina valor regiunala e culturala er als edifizis rurals ordaifer la zona da construcziun. Ina valor, nua che l'uman e la natira han ina relaziun positiva e plain respect.

Sperond che la Regenza haja la medema opiniun en quai che pertutga las resalvas menziunadas e la midada da paradigma en il sector da la cultivaziun dal terren ordaifer la zona da construcziun dumandain nus la Regenza dal Grischun da sa drizzar a la Conferenza dals chantuns alpins e da s'engaschar – sur las deputaziuns respectivas en las Chombras federalas – per ina revisiun da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori, che corresponda a las intenziuns preschentadas en questa intervenziun parlamentara.

Cuira, ils 15 da favrer 2023

Censi, Cramer, Salis, Adank, Altmann, Beeli, Berweger, Brandenburger, Bundi, Candrian, Claus, Della Cà, Derungs, Dürler, Favre Accola, Feuerstein, Furger, Gansner, Grass, Haltiner, Hartmann, Heim, Heini, Hohl, Hug, Jochum, Kienz, Koch, Kohler, Laim, Lamprecht, Loepfe, Loi, Luzio, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Natter, Pfäffli, Righetti, Rodigari, Roffler, Sax, Schutz, Spagnolatti, Stiffler, Tanner, Thür-Suter, von Tscharnier, Weber, Wieland, Zanetti (Sent)



Sesida dals

17 d'avrigl 2023

Communitgà ils

19 d'avrigl 2023

Protocol nr.

316/2023

Incumbensa Censi

concernent aclas ordaifer la zona da construcziun: Per salvar nossa ierta
architectonica dovri ina nova strategia

Resposta da la Regenza

Il tema da l'incumbensa qua avant maun, numnadamain il tractament d'edifizis d'agricultura che sa chattan ordaifer las zonas da construcziun e che han pers lur funcziun pervia da las midadas structuralas en l'agricultura, è ils ultims onns adina puspè stà object da la debatta actuala davart la segunda etappa da la revisiun da la Lescha federala davart la planisaziun dal territori (LPT 2).

En quest connex sto vegnir menziunada l'iniziativa dals chantuns concernent edificis ordaifer la zona da construcziun. Quella era vegnida acceptada en la sessiun d'avrigl 2016 sin basa da l'incumbensa Crameri ed inoltrada dal chantun Grischun a l'Assamblea federala tras il conclus da la Regenza dals 3 da matg 2016 (prot. nr. 441/2016). Tenor questa iniziativa dueva la garanzia d'existenza per ils edificis ordaifer la zona da construcziun (EOZ) ch'è reglada en l'art. 24c LPT vegnir extendida en quel senn, che edificis che na vegnan betg pli utilisads per intents agriculs possian vegnir reutilisads en moda raschunaivla per intents d'abitar, quai cun mantegnair lur identitad ed en il rom da las pussaivladads d'engrondiment existentas. Tuttas duas chombras federalas han concludì da betg dar suatientscha a l'iniziativa dals chantuns (cf. Curia Vista 16.308).

La finamira correspundenta da schlucclar las disposiziuns EOZ è però vegnida re-prendida da la Cumissiun per ambient, planisaziun dal territori ed energia dal Cussegl dals chantuns (CAPTE-C) en ses project davart la LPT 2. Tenor quella duevan ils chantuns survegnir la competenza da pussibilitar en tscherts territoris da midar l'utilisaziun dals edificis che na vegnan betg pli utilisads da l'agricultura e d'als laschar duvrar per intents d'abitar (art. 8c al. 1^{bis} dal sboz da la LPT). En il rom da sia consultaziun a la CAPTE-C aveva la Regenza beneventà explicitamain questa disposiziun – en concordanza cun la Conferenza da las regenzas dals chantuns alpins (CRCA) – e fatg attent, che tala saja en il senn da l'iniziativa dals chantuns da quella

giada (conclus da la Regenza dals 7 da settember 2021, prot. nr. 820/2021). Ils 16 da zercladur 2022 ha il Cussegl dals chantuns approvà questa regulaziun (cf. Curia Vista 18.077).

Tenor la communicaziun a las medias dals 29 da mars 2023 ha la Cumissiun per ambient, planisaziun dal territori ed energia dal Cussegl naziunal (CAPTE-N) puspè stritgà l'art. 8c al. 1^{bis} dal sboz da la LPT ord il project da la LPT 2, che sto anc vegnir tractà dal Cussegl naziunal. A medem temp ha ella dentant integrà ina nova disposiziun en l'art. 24c LPT. Quella duai pussibilitar d'utilisar chasas purilas tenor il dretg vegl ensemen cun ils edifizis d'economia cumpletta e duraivlamain per intents d'abitar, premess ch'ina avertura suffizienta saja avant maun.

La Regenza vegn a s'engaschar er en l'avegnir che las particularitads chantunals vegnian resguardadas en la LPT 2 ed en spezial en la nova regulaziun da la CAPTE-N, ch'è vegnida numnada sco ultima, er per edifizis agriculs sin nivel dad aclas. Il rom giuridic actual ed il rom giuridic futur, che n'è la finala anc betg concepì definitivamain, resta però la suletta directiva d'agir per las autoritads chantunals.

Independentamain da la debatta davart la LPT 2 stoi dal rest vegnir menziunà, ch'ils edifizis d'abitar agriculs pon vegnir utilisads ed engrondids gia tenor il dretg vertent en moda raschunaivla per intents d'abitar betg agriculs. Dal scumond general da midar l'utilisaziun d'edifizis puramain da stalla prevesa la lescha federala medemamain gia excepziuns, e quai en trais regards, numnadamain per: gruppas d'almain tschintg edifizis da stalla en zonas da mantegniment (art. 33 da l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori, OPT; CS 700.1), edifizis da stalla derasads ch'èn caracteristics per la cuntrada (art. 39 al. 2 OPT) ed edifizis da stalla ch'èn degns da vegnir protegids (art. 24d al. 2 LPT). Da questas pussaivladads existentas duessan las vischnancas tegnair quint en lur planisaziuns.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Peter Peyer

Il chancelier:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione die febbraio 2023

Incarico Censi concernente edifici fuori zona edificabile: un nuovo approccio è indispensabile per salvare il nostro patrimonio costruito

Ad inizio dicembre abbiamo appreso che il Consiglio degli Stati, dopo il sì del Nazionale, ha approvato una mozione che prevede una sanatoria per gli edifici costruiti più di 30 anni fa fuori dalle zone edificabili. La decisione, tra l'altro, non si riferisce solo ai Maiensässe grigionesi, ma pure ai rustici ticinesi e agli chalet vallesani.

Anche a seguito di questa decisione a livello federale il tema è rimbalzato molto velocemente tra le valli alpine e diversi enti di sviluppo regionale si sono già mossi per promuovere, sensibilizzare e incentivare il restauro e la valorizzazione degli edifici fuori zona edificabile.

Queste notizie dimostrano come sia importante occuparsi con maggior insistenza del tema dei rustici, in un'ottica non solo di divieto ma piuttosto legata alle opportunità che essi possono rivestire per il futuro delle periferie. Sappiamo benissimo che questo patrimonio, per vari motivi, è oggi seriamente a rischio (stabili agricoli di grande valore storico, architettonico e paesaggistico, oggi in disuso continuano inesorabilmente a crollare): è perciò indispensabile fare di tutto per salvare il salvabile.

Siamo dell'idea che per perseguire questo obiettivo, occorre cambiare approccio nei confronti del territorio fuori zona edificabile: gli interventi di ristrutturazione, a carattere conservativo e/o con cambiamento di destinazione, devono essere favoriti e incentivati perché concorrono alla tutela del paesaggio. Non devono – come avviene adesso – essere considerati delle eccezioni (oppure addirittura ostacolati a seguito di un atteggiamento troppo intransigente). Questo nuovo approccio si giustifica anche perché il territorio fuori zona edificabile è un patrimonio di valori, risorse e saperi, importanti per il futuro delle zone discoste, per il benessere dei cittadini e per sviluppare nuove offerte legate al turismo sostenibile e all'economia del settore primario. La montagna deve essere vista in modo dinamico, unendo tradizione, tutela, valorizzazione ma pure spirito innovativo.

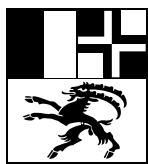
Del resto, gli edifici fuori zona edificabile rappresentano il modo in cui i nostri antenati sono riusciti ad avere un rapporto funzionale ma pure armonioso con il territorio montano, adattandosi e individuando soluzioni anche ingegnose per riuscire a vivere e a lavorare in condizioni spesso avverse. È nostro dovere, perciò, dare continuità – con degli ovvi adattamenti, a seguito dell'evoluzione della società – a questo rapporto con il territorio.

Secondo noi, quindi, è arrivato il momento di rivedere il quadro legale in vigore, al fine di permettere al buon senso di prevalere sull'applicazione di principi giuridici, corretti sulla carta, ma che nulla hanno a che vedere con la dignità delle nostre montagne e di chi un tempo li ha vissuti. L'articolo legislativo in questione, come noto, è il 24 della Legge federale sulla pianificazione del territorio (e relativa Ordinanza). Beninteso, le norme dovranno sempre essere rigorose e puntuali, per consentire interventi rispettosi delle tipologie architettoniche tradizionali; ma è essenziale riconoscere anche un valore paesaggistico e culturale agli edifici alpestri fuori zona edificabile, affinché uomo e natura abbiano relazioni positive e rispettose.

Alla luce di quanto sopra, e auspicando che il Governo condivida le preoccupazioni espresse e la necessità di attuare un cambio di paradigma nel settore della gestione del territorio fuori zona edificabile, chiediamo al Lodevole Governo retico di attivarsi presso la Conferenza dei Cantoni alpini e di promuovere – tramite le rispettive Deputazioni alle camere federali – la revisione della Legge sulla pianificazione del territorio, in sintonia con gli intendimenti presentati in questo atto parlamentare.

Coira, 15 febbraio 2023

Censi, Cramer, Salis, Adank, Altmann, Beeli, Berweger, Brandenburger, Bundi, Candrian, Claus, Della Cà, Derungs, Dürler, Favre Accola, Feuerstein, Furger, Gansner, Grass, Haltiner, Hartmann, Heim, Heini, Hohl, Hug, Jochum, Kienz, Koch, Kohler, Laim, Lamprecht, Loepfe, Loi, Luzio, Maissen, Mani, Menghini-Inauen, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Natter, Pfäffli, Righetti, Rodigari, Roffler, Sax, Schutz, Spagnolatti, Stiffler, Tanner, Thür-Suter, von Tscharnier, Weber, Wieland, Zanetti (Sent)



Seduta del

17 aprile 2023

Comunicato il

19 aprile 2023

Protocollo n.

316/2023

Incarico Censi

concernente edifici fuori zona edificabile: un nuovo approccio è indispensabile per salvare il nostro patrimonio costruito

Risposta del Governo

Negli ultimi anni, la gestione tematizzata con il presente incarico riguardante gli edifici agricoli al di fuori della zona edificabile rimasti privi di funzione a seguito dei cambiamenti strutturali verificatisi nell'agricoltura è stata più volte oggetto del dibattito in corso relativo alla seconda tappa della revisione della legge federale sulla pianificazione del territorio (LPT 2).

In questo contesto occorre ricordare l'iniziativa cantonale del Cantone dei Grigioni presentata all'Assemblea federale a seguito dell'incarico Cramerli concernente edifici fuori della zona edificabile accolto nella sessione di aprile 2016 tramite decreto del Governo del 3 maggio 2016 (prot. n. 441/2016). Stando all'iniziativa, la protezione nella situazione di fatto degli edifici fuori dalle zone edificabili (EFZ) disciplinata nell'art. 24c LPT dovrebbe essere ampliata nel senso che gli edifici non più utilizzati per scopi agricoli possano essere destinati in misura moderata a un'utilizzazione a scopi abitativi conservando la propria identità e nel quadro delle possibilità di ampliamento esistenti. Entrambe le Camere federali hanno deciso di non dare seguito all'iniziativa cantonale (cfr. Curia Vista 16.308).

La Commissione dell'ambiente, della pianificazione del territorio e dell'energia del Consiglio degli Stati (CAPTE-S) è tuttavia nuovamente entrata nel merito della corrispondente richiesta di allentamento delle disposizioni EFZ nel suo progetto relativo alla LPT 2. Stando a tale progetto, occorrerebbe attribuire ai Cantoni la competenza di consentire l'utilizzazione a scopi abitativi degli edifici agricoli non più utilizzati in determinate zone (art. 8c cpv. 1^{bis} D-LPT). D'intesa con la Conferenza dei governi dei Cantoni alpini (CGCA) il Governo aveva accolto con esplicito favore questa disposizione nel quadro della sua presa di posizione a destinazione della CAPTE-S e ha ri-

chiamato l'attenzione sul fatto che essa fosse in linea con l'iniziativa cantonale di allora (decreto governativo del 7 settembre 2021, prot. n. 820/2021). Il 16 giugno 2022 il Consiglio degli Stati ha approvato la regolamentazione (cfr. Curia Vista 18.077).

Stando al comunicato stampa del 29 marzo 2023, la Commissione dell'ambiente, della pianificazione del territorio e dell'energia del Consiglio nazionale (CAPTE-N) ha tuttavia nuovamente stralciato l'art. 8c cpv. 1^{bis} D-LPT dal progetto LPT 2 che deve essere trattato dal Consiglio nazionale. Al contempo aggiunge tuttavia nell'art. 24c LPT una nuova disposizione che dovrebbe permettere di utilizzare completamente e in modo duraturo a scopo abitativo le case rurali del diritto anteriore, compresi gli edifici agricoli contigui, a condizione che siano sufficientemente urbanizzati.

Anche in futuro, il Governo si impegnerà affinché le particolarità cantonali vengano considerate nella LPT 2 e in particolare affinché la nuova regolamentazione della CAPTE-N appena citata valga anche per edifici agricoli a livello di monti. Il quadro giuridico odierno e futuro, la cui struttura non è ancora definitiva, rimane tuttavia la sola linea guida per il modo di agire delle autorità cantonali.

Indipendentemente dal dibattito relativo alla LPT 2 occorre inoltre osservare che gli edifici abitativi agricoli possono essere utilizzati per scopi abitativi extra-agricoli e ampliati con moderazione già secondo il diritto vigente. Con riferimento a tale divieto di massima di cambiare la destinazione degli edifici adibiti solamente a stalla la legislazione prevede tre eccezioni, più precisamente per: gruppi composti da almeno cinque stalle in zone degne di essere conservate (art. 33 ordinanza sulla pianificazione del territorio, OPT; RS 700.1), stalle sparse che costituiscono elementi tipici del paesaggio (art. 39 cpv. 2 OPT) e stalle degne di protezione (art. 24d cpv. 2 LPT). Nelle loro pianificazioni, i comuni non dovrebbero trascurare queste possibilità esistenti.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Peter Peyer

Il Cancelliere:

Daniel Spadin